

(via E-Mail)

Dr. Ulf Poschardt
Chefredakteur
Die Welt
chefredakteur@welt.de

24. August 2020

Sehr geehrter Herr Dr. Poschardt,

wir beziehen uns auf den Artikel "Hongkongs freie Presse nimmt den Kampf gegen Peking auf", geschrieben von Herrn Maximilian Kalkhof, der am 20. August 2020 in *Die Welt* veröffentlicht wurde.

Das Gesetz über die nationale Sicherheit legt eindeutig fest, dass die Sonderverwaltungsregion Hongkong (HKSAR) die Rechte und Freiheiten der Einwohner gemäß dem Hongkonger Grundgesetz (Basic Law) und den Bestimmungen des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, wie sie auf Hongkong angewandt werden, in Übereinstimmung mit dem Gesetz zu schützen hat.

Hongkong hat sich stets der Gewährleistung der Pressefreiheit verpflichtet, die ein wichtiger Eckpfeiler Hongkongs und fester Bestandteil des Rufs der Stadt als pulsierender internationaler Medienstandort und globales Geschäfts- und Finanzzentrum ist. Mehr als 80 Tageszeitungen und über 500 lokale und internationale Zeitschriften werden in Hongkong herausgegeben.

Darüber hinaus berührt das Gesetz über die nationale Sicherheit nicht die legitimen Rechte der Einwohner Hongkongs auf freie Meinungsäußerung, einschließlich der Kritik an der Politik oder an Entscheidungen der Regierung. Auch die Informationsfreiheit, die akademische Freiheit, politische Studien, der Schutz personenbezogener Daten und allgemeine Geschäftsaktivitäten werden nicht beeinträchtigt.

Hongkong wird weiterhin seinen Weg als eine lebendige, offene und internationale Stadt gehen.

Mit freundlichen Grüßen
Bill Li
Direktor des Wirtschafts- und Handelsbüros Hongkong in Berlin